



Verdienen Politiker einen besonderen Schutz vor Beleidigungen?

- 1** Einzelarbeit: Lies die Einleitung und den Hintergrund zur Debatte im Medienspiegel:
<https://buzzard.org/398962>.



- a) Fasse kurz zusammen, worum es geht.

Paragraf 188 des Strafgesetzbuches gewährt Politikerinnen und Politikern besonderen Schutz.
Bei Beleidigung, übler Nachrede und Verleumdung drohen härtere Strafen als gegenüber
Privatpersonen. AfD und Teile der CDU fordern die Abschaffung des Paragraphen 188. Sie
bringen die Einschränkung der Meinungsfreiheit und die Sorge um ein Zwei-Klassen-Strafrecht
als Gründe an.

- b) Erläutere, wann und zu welchem Zweck diese Regelungen des Strafgesetzbuches eingeführt wurden und was Paragraf 188 beinhaltet.

Paragraf 188 StGB („Verhetzende Beleidigung“) wurde (durch das „Gesetz zur Bekämpfung des
Rechtsextremismus und der Hasskriminalität“) eingeführt. Er trat 2021 in Kraft. Ziel war es
vor allem, Kommunalpolitikerinnen und -politiker zu schützen. Sie sind zunehmend Anfeindungen
ausgesetzt. Das Diskursklima hat sich verschlechtert.

- 2** Gruppenarbeit: Bildet vier Gruppen und teilt die Perspektiven untereinander auf.

- a) Arbeitet die jeweils stärksten Argumente heraus.

PRO 1 (Christian Unger, WAZ):

- Es gibt immer mehr Hass in der öffentlichen Debatte.
- Beleidigung hat nichts mit Meinungsfreiheit zu tun.
- Die politisch engagierten Menschen, besonders in der Kommunalpolitik, müssen geschützt
werden, damit die Demokratie stabil bleibt.

PRO 2 (Benjamin Limbach, Grüne, Justizminister NRW im WDR5):

- Kommunalpolitiker/-innen müssen geschützt werden, da sonst die Demokratie in Gefahr ist.
- Denn sie engagieren sich meist ehrenamtlich für das Gemeinwohl.
- Viele Menschen zögern bereits, sich für Ämter aufstellen zu lassen, da sie Hass und Hetze
besonders im Internet fürchten.

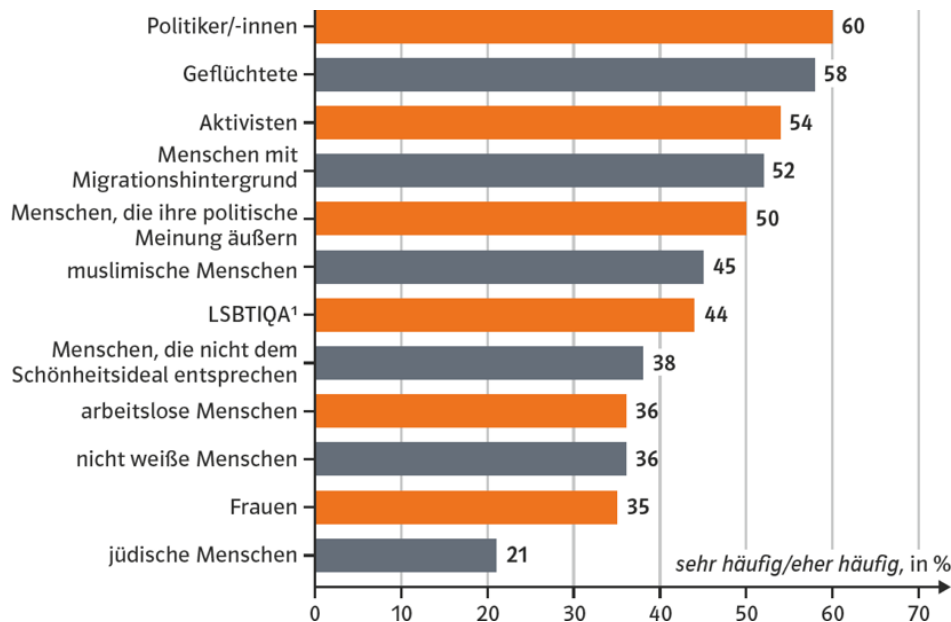
CONTRA 1 (Timo Rieg, TELEPOLIS):

- Beleidigungen sollten nicht zum Strafrecht gehören, sondern zum Zivilrecht. Das
- Strafrecht ist nur für schwerwiegende Fälle da.
- Ablehnende Worte gegenüber Positionen und Personen sind normal in der Demokratie.
- Durch das Strafrecht wird die freie Debatte eingeschränkt.
- Man muss nach den Ursache für die Verrohung in der Debatte suchen, statt Strafen zu verhängen.

CONTRA 2 (Constanze Geiert, CDU, Justizministerin SN, in der TAZ):

- Für Politiker sollte das gleiche Recht gelten wie für andere.
- Politiker müssen mehr aushalten als andere.
- Es gibt ein Recht auf Schimpfen – in Grenzen.
- Strafbar sollten Aussagen erst dann sein, wenn eine Person erniedrigt oder die Menschenwürde verletzt wird.

b) Benennt je Gruppe einen Sprecher/eine Sprecherin. Tragt euch die Perspektiven gegenseitig vor.

Individuelle Lösung

M1 Wen trifft Hass im Netz?

3 Kreisgespräch: Diskutiert:

- a) Warum sind Politikerinnen und Politikern besonders häufig Ziel von Anfeindungen und Beleidigungen?

Individuelle Lösung. Mögliche Gründe: Politikerinnen und Politiker treffen Entscheidungen, auch zu emotionalen Themen, und sind in der Öffentlichkeit sichtbar. Ihnen wird die Verantwortung und Schuld für vieles zugesprochen. Sie werden zu Feindbildern. Anonymität im Netz macht Menschen „mutiger“.

- b) Was hat das mit den sozialen Medien zu tun?

Individuelle Lösung. Soziale Medien erleichtern die Anwendung digitaler Gewalt, denn

- Inhalte lassen sich per Smartphone leicht erzeugen jederzeit sehr schnell an ein großes
- Publikum verbreiten,
- es findet sich viel Material für persönliche Angriffe, z. B. Fotos und Informationen,
- Täter können weitgehend anonym bleiben.

- 4 Stellt euch vor, ihr seid Abgeordnete des Deutschen Bundestages und die Abschaffung des Paragraphen 188 steht zur Abstimmung. Die Fraktionsdisziplin wird aufgehoben, die Abgeordneten sind allein ihrem Gewissen unterworfen. Führt eine Abstimmung durch. Notiert das Ergebnis.

Individuelle Lösung